Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 9

Artikel: Grundsatzerklärung für die SP des Kantons Zürich : an der Wende
Autor: Lenzlinger, Martin
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-339893

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kundgebung richtete sich gegen das atomare Wettrüsten. Sie ging in bemerkenswerter Ordnung vonstatten und — wie ein Geistlicher hervorhob — ohne die Gehässigkeit mancher Demonstrationen während des Vietnamkriegs. Ebenso fehlte das mehr anarchische Hippie-Wesen der sechziger Jahre. Diesmal handelte es sich um eine Volksbewegung auf breitester Basis, einen eigentlichen Ausdruck des Lebenswillens. Mögen Klarheit und Mut in der Zielsetzung auch noch zu wünschen übrig lassen, Reagan und Weinberger können sich über das Erwachen und die Entschlossenheit eines wachsenden Grossteils des amerikanischen Volkes nicht täuschen. Ich möchte mit Albert Schweitzers Worten von 1957 schliessen: «Es ist zu hoffen, dass die in Gang befindliche Auseinandersetzung nicht mehr zur Ruhe kommt...»

Grundsatzerklärung für die SP des Kantons Zürich

An der Wende

Von Martin Lenzlinger, Präsident

Die nächsten zwei Jahre werden für unsere Partei eine schwierige Zeit sein. Auf diejenigen von uns, die in Geschäftsleitung und Parteivorstand einen Teil der Verantwortung für die SP des Kantons Zürich übernehmen wollen, wartet eine anspruchsvolle Aufgabe. Ich denke dabei nicht nur an die Konsequenzen aus den vergangenen Wahlen, die innerparteilichen Auseinandersetzungen und die Gefahr einer Parteispaltung, an die Wahlen vom nächsten Jahr, sondern auch an die Rezession, von der Teile der schweizerischen Wirtschaft immer stärker betroffen sind. Nicht zuletzt wird uns die finanzielle Krise unserer Zeitung, des «Volksrecht» beschäftigen. Diese Probleme können wir nur erfolgreich angehen, wenn die Parteigremien versuchen, die politischen und historischen Zusammenhänge zu sehen, Prioritäten zu setzen und schliesslich auch Einfluss zu nehmen auf die Geschicke unserer Partei.

Am meisten zu Gedanken Anlass gegeben haben in den letzten Monaten die Niederlagen der SP bei den Wahlen. Und niemand wird bestreiten, dass wir in den Städten und den meisten Landgemeinden Niederlagen erlitten haben. Die Tatsache, dass die SP auch in anderen Kantonen mit unterschiedlichen politischen Voraussetzungen Wahlen verloren hat, und dass den Sozialisten in vielen Ländern die politische Bise ins Gesicht bläst, darf uns nicht daran hindern, die Situation unserer Partei im Kanton Zürich gründlich zu überdenken.

Wenn Wahltag Zahltag ist, dann haben wir nicht nur in unserer Parteikasse ein Defizit. Wir haben offensichtlich auch ein Manko an Glaubwürdigkeit bei unseren Stammwählern, die am Wahltag zu Hause geblieben sind. Sie haben sich nicht durch die giftigen Krokusse der Freisinnigen, noch durch die «Ruhe und Ordnung»-Parolen der SVP verführen lassen; sie haben ganz einfach die Stimmzettel in den Papierkorb geworfen, auch die Liste der SP, weil sie nicht mehr wussten, was eigentlich eine Stimme für unsere Partei bewirken würde, oder weil sie überhaupt den Glauben an die Politik und die Politiker verloren haben. Diese Verunsicherung, diese Resignation unserer Wähler hat viele Ursachen. Es wäre falsch den Finger auf ein Ereignis, auf einen bestimmten politischen Entscheid oder gar auf einzelne Personen legen zu wollen. Wohl haben die Auseinandersetzungen in der Stadtpartei das Stimmungsbild geprägt und damit auch die Wahlen in manchen Landgemeinden beeinflusst. Diese Streitereien zwischen Mandatsträgern und Parteiverantwortlichen, zwischen Partei und Gewerkschaftskartell und zwischen mehr oder weniger gut organisierten Parteiflügeln hätten sicher mit etwas mehr Solidarität besser bewältigt werden können, wenn dahinter nicht grundlegende Probleme unserer Bewegung und unserer Zeit stecken würden.

Wir stehen an der Wende. Seit dem 2. Weltkrieg hat sich die wirtschaftliche Lage der werktätigen Bevölkerung in unserem Land fundamental verbessert. Die Schweizer Arbeiter und Angestellten erreichten einen materiellen Wohlstand, wie er noch in den Dreissiger Jahren praktisch undenkbar war. Dabei wurde dieser Wohlstand so erreicht, wie das eben im Kapitalismus allein möglich ist: Die Steigerung des Bruttosozialproduktes, das stete Wachstum, ergab einen gesellschaftlichen Überfluss und von diesem Überfluss konnte sich im Rahmen der Sozialpartnerschaft auch die Arbeiterschaft einen Teil erkämpfen. Die meisten Schweizer leben heute ohne materielle Not. Es gibt Sozialversicherungen, soziale Sicherheit in weiten Bereichen. Es ist klar, dass wir diese Errungenschaften der Arbeiterbewegung verteidigen und in gewissen Bereichen auch noch ausbauen müssen.

Gleichzeitig müssen wir aber auch erkennen, dass der materielle Wohlstand nicht allen das erwartete Glück gebracht hat und dass wir in unserem Materialismus an einer Grenze angekommen sind. Die andauernde Steigerung des Bruttosozialproduktes hat immer deutlicher auch negative Folgen: Die natürlichen Lebensgrundlagen werden zerstört — ich brauche nicht weiter darauf einzugehen. Die Länder der Dritten Welt werden von den Nationen des Nordens, zu denen wir gehören, immer stärker ausgebeutet. Der Kampf um die Rohstoffe und die Absatzmärkte bringt die Gefahr eines dritten und wohl endgültigen Weltkrieges mit sich. Das heisst nichts anderes, als dass heute unser Wohlstand durch die Umweltzerstörung, durch die Ausbeutung der Dritten Welt und die Kriegsgefahr gefährdet ist. Und dieser Gefährdung kann nicht mit den alten Mitteln der wirtschaftlichen Krisenbewältigung begegnet werden. Hier zeigen sich vielmehr die Grenzen des Wachstums und damit wohl auch die Grenzen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, in dem wir leben.

Die Wende zeigt sich auch auf anderen Gebieten. Wir erleben gegenwärtig starke Veränderungen der Arbeitswelt. Die neuste technologische Revolution mit der Einführung der Computer, der Mikroprozessoren etc. kommt immer mehr voran. Sie führt dazu, dass altehrwürdige Berufe und Handwerke aussterben, dass Arbeitsplätze verloren gehen, dass die Arbeiter geteilt werden, in einige wenige mit interessanten Arbeitsplätzen und eine grosse Masse mit langweiliger, geistig anspruchsloser Arbeit. Diese neue Arbeitsteilung führt zu einer weiteren Benachteiligung der Ausländer und der Arbeiterinnen. Um ein Beispiel aus der Druckindustrie zu geben: Noch vor 15 Jahren galten Lehrstellen als Reprofotograf, als Retoucheur, Ätzer, Setzer oder Buchdrucker als etwas Besonderes. Angehörige dieser Berufsgruppen waren führend in der Arbeiterbewegung tätig. Heute werden ihre Arbeiten durch einen Scanner ausgeführt. An ihrer Stelle gibt es nur noch den Scanner-Operateur oder die Operatrice. Diese Aufhebung alter Berufe führt nicht nur zum Verlust von Arbeitsplätzen. Die Maschine, an die der Arbeiter gebunden ist, macht ihn auch abhängig. Relativ freiheitliche, selbständig ausgeübte Berufe werden ersetzt durch Arbeiten, die der Besitzer der Maschine jederzeit genau kontrollieren kann.

Es ist kaum möglich, dass die Schweiz als Land, das auf einen internationalen Markt und damit auf internationale Konkurrenzfähigkeit angewiesen ist, sich dieser technologischen Revolution entziehen kann. Die Partei und Gewerkschaften müssen sich mit dieser Entwicklung aber vermehrt auseinandersetzen. Sie müssen Antworten darauf finden — sonst verlieren sie diejenigen Leute, deren Interessen sie vertreten haben und weiterhin vertreten wollen.

Schon jetzt zeigen sich wesentliche Folgen dieser ökonomischen Entwicklung im sozialen Bereich. Aus alten Facharbeitern, den Mustersozialdemokraten, ist teilweise eine Klasse von Lohnabhängigen geworden, die sich ihren materiellen Wohlstand mit geisttötender Arbeit erkaufen, die in ihrer Wohnung und in ihrer Freizeit häufig am stärksten von der sich verschlechternden Umwelt betroffen sind. Viele haben politisch resigniert, da sie nicht mehr an die Möglichkeit positiver Veränderungen glauben.

Daneben entsteht eine neue soziale Schicht, deren Interessen wir ebenfalls zu vertreten haben. Es sind die technischen Angestellten, die die neuen Maschinen zu betreuen und unterhalten haben; es sind die Akademiker, die in ihren Arbeitsmöglichkeiten immer stärker eingeschränkt und von ihren Arbeitgebern abhängig werden; es sind die Angestellten im Sozial-, Gesundheits- und Erziehungswesen, die in einer Zeit des Wandels immer stärker von der Repression betroffen werden; es sind schliesslich alle diejenigen, die unsere Arbeitswelt so grauenhaft finden, dass sie versuchen auszusteigen und im Bereich der Gaststätten, des Kleingewerbes und der Landwirtschaft selbstverwaltete Unternehmen zu gründen. Dank dem Einsatz der Arbeiterbewegung konnten sie eine Bildung erwerben, die sie häufig sensibler macht für die neuen Probleme der Lebensqualität, des Umweltschutzes und der persönlichen Freiheit. Viele von ihnen sind politisch engagiert. Gerade unsere Partei hat in den letzten Jahren stark profitiert durch den Zuzug aus dieser neuen sozialen Schicht. Stark geprägt wurde dadurch auch die Art der politischen Diskussion in unserer Partei.

Die SP darf in ihrer Politik aber die traditionellen Träger der Arbeiterbewegung, die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und im tertiären Sektor nicht vergessen. Es ist absolut notwendig, dass diese sozialen Gruppen in unserer Partei wieder stärker berücksichtigt werden, dass wieder mehr Leute aus diesen Gruppen Verantwortung in der Arbeiterbewegung und damit auch in der Partei übernehmen. Wir müssen unsere Politik nicht nur für, sondern auch mit diesen Arbeitnehmern entwickeln. Das heisst nicht, dass wir jedem Arbeiter oder jedem Gewerkschaftsführer die Wünsche von den Lippen ablesen müssen. Das bedeutet nicht, dass unsere Partei

ihre Politik nach Umfragen richten soll, die die Volksmeinung ergründen. Das heisst aber, dass wir uns bei jeder politischen Entscheidung fragen, wie wir sie diesen Wählern verständlich machen können. Nur mit der Unterstützung dieser traditionellen Arbeiterschaft können wir eine erfolgreiche Politik machen.

Aber die SP muss die Probleme der neuen sozialen Gruppen sehen und aufnehmen. Sie muss auch für sie und für die neuen Probleme, die sich in dieser Zeit der Wende stellen, Lösungen entwickeln. Es ist wahrscheinlich die grosse Aufgabe der SP der nächsten Jahre eine gemeinsame Kampfbasis für alle Schichten der arbeitenden Bevölkerung aufzubauen.

Ich habe versucht, die Wende, an der wir stehen, im politischen, ökonomischen und sozialen Bereich zu zeigen. Gegenwärtig spielt sich aber eine geistige Wende, ein geistiger Aufbruch ab, der für unsere Partei von Bedeutung ist. Der Sozialismus beruht wesentlich auf dem Rationalismus, auf dem Glauben an die menschliche Vernunft. Dieser Glaube, dass mit menschlicher Vernunft die Probleme dieser Welt zu lösen seien, ist heute vielen Leuten, insbesondere der jungen Generation, abhanden gekommen. Sie vertrauen auf das Gefühl, auf das, was ihnen der Bauch sagt, auf die Emotionen. Auch wir müssen einsehen, dass unser Vertrauen in die Vernunft häufig fragwürdig, vorschnell und kritiklos war. Ja manche Vernünftige, die im Namen der Vernunft etwa psychiatrische Kliniken aufbauten, Gefängnisse zur Resozialisierung schufen oder Kinder zu seelischen Krüppeln schulten, wirken heute auf uns recht irrational. Dennoch dürfen wir nicht nur gefühlsmässig politisieren. Wir müssen die Vernunft selbstkritisch gebrauchen, wir dürfen uns nicht allein in die Emotionalität zurückziehen. Wer sich nur auf seine Gefühle beruft, entzieht sich jeder kritischen Auseinandersetzung. Wir müssen die Grenzen der Vernunft sehen, aber der Rationalismus ist immer noch eine der Quellen des Sozialismus.

Ich habe gezeigt, welche Anforderungen in dieser Zeit der Wende an die Organisationen der Arbeiterbewegung gestellt werden. Als politische Kraft, die eine Veränderung, eine Verbesserung anstrebt, ist es für sie besonders schwierig, Lösungen für die neuen Probleme zu finden, ohne das Positive am bisher Erreichten aufzugeben. Es erstaunt daher nicht, dass diese Situation unter den Sozialdemokraten und Sozialisten in fast allen Ländern Europas zu heftigen Diskussionen und Auseinandersetzungen führt. Diese sind notwendig und fruchtbar, wenn sie um der Sache willen geführt werden. Auch bei uns müssen diese Diskussionen weiter gehen und theoretisch vertieft werden. Sie müssen aber auch bald einmal zu Entscheidungen führen, zu einem Arbeitsprogramm, das von möglichst allen Gruppierungen der SP getragen werden kann. Es wird aber eine vordringliche Aufgabe der neuen Parteiführung sein, zu verhindern, dass aus solchen Auseinandersetzungen eine Parteispaltung entsteht. Eine Spaltung nützt nur dem politischen Gegner. In der Geschichte ist die Arbeiterbewegung durch Spaltungen immer nur geschwächt und in ihrem Kampf zurückgeworfen worden. Das darf bei uns im Kanton Zürich und in der ganzen Schweiz nicht passieren. Linke Gruppierungen, die sich durch die Reinheit ihrer Lehre und die geringe Zahl ihrer Mitglieder und Wähler auszeichnen, gibt es genügend. Aber auch die Plätze für sogenannte pragmatische Parteien, die nur das vermeintlich Bewährte fortführen wollen, sind besetzt. Wer aus dem einen oder anderen Grund bei der SP nicht mehr mitmachen will, soll sich diesen Parteien anschliessen. Wer aber an die Notwendigkeit einer grossen, linken Partei glaubt, soll das Seine dazu beitragen, dass diese Partei als Einheit erhalten bleibt.

Die Parteigremien müssen auch deutlich machen, dass man die Parteimitglieder nicht einfach in Rechte und Linke aufteilen kann. Von einheitlichen Ideologien auf dem rechten oder linken Flügel kann sowieso keine Rede sein. Wer sich in der Partei umhört und nicht nur in einzelnen Sektionen oder Gruppen, der weiss, dass wir eine grosse Meinungsvielfalt haben. Viele Parteimitglieder wollen sich nicht etikettieren lassen und erlauben sich zu jeder Frage eine persönliche Meinung. Diese Genossinnen und Genossen müssen in den Sektionen und in den Parteigremien wieder vermehrt zu Geltung kommen.

Die Parteileitung muss das Gespräch mit allen Exponenten, Flügeln und Gruppen in der Partei suchen. Diese Gespräche müssen mit Hartnäckigkeit und mit der notwendigen Achtung vor dem andern Standpunkt geführt werden. Dass solche Diskussionen längerfristig zu guten Resultaten führen, zeigen die Gespräche mit dem kantonalen Gewerkschaftskartell, in denen nicht nur gewisse alte Differenzen bereinigt werden konnten, sondern auch guter Grund für die Zusammenarbeit bei den kommenden Wahlen gelegt wurde. Die Geschäftsleitung hat grossen Wert auf deren sorgfältige Vorbereitung gelegt, damit nicht aus Zeitnot unnötige Auseinandersetzungen entstehen.

Unsere Wähler müssen wir wieder stärker mit Sachproblemen ansprechen. Wir müssen dort

Vorstösse unternehmen, wo die Arbeitnehmer bei ihrer Arbeit, in ihrer Wohnsituation und bei der Gestaltung ihrer Freizeit der Schuh drückt. Grundlegende Konzepte sind notwendig, aber wir müssen solche Konzepte umsetzen in konkrete Lösungen für die Probleme des täglichen Lebens. So können wir auch erreichen, dass wir wieder Mitglieder gewinnen, und zwar aus allen Schichten der arbeitenden Bevölkerung. Eine breitere Basis ist für unsere Partei dringend notwendig.

Die Parteileitung hat eine wichtige Aufgabe in unserer Partei. Viel wichtiger ist aber, was an der Basis passiert, in den Sektionen und Arbeitsgruppen. Zur politischen Willensbildung kann und soll die Parteileitung nur Anstösse und Anregungen liefern. Die Diskussionen und Entscheidungen müssen in den Sektionen und an den Parteitagen passieren. Die Parteileitung wird versuchen die Bildungsarbeit zu verbessern und den Entscheidungsablauf zu erleichtern. Wenn das aber einen Sinn haben soll, das heisst, wenn das zu einer breiter abgestützten Meinungsbildung führen soll, dann müssen die Gelegenheiten auch ergriffen werden, müssen die Diskussionen in den Sektionen auch wirklich stattfinden. Noch etwas weiteres, was die Parteileitung nicht kann: Sie kann die vielgeforderte Basisarbeit in den Quartieren und Dörfern nicht leisten. Nur die Genossinnen und Genossen selber können auf der Strasse, in den Betrieben, in den Beizen mit der Bevölkerung ins Gespräch kommen. Es genügt nicht, dass man sich über das zu grosse Gewicht der parlamentarischen Arbeit beklagt. Es liegt an Euch das zu korrigieren.

Die neue Parteileitung wird versuchen die politische Arbeit der bisherigen Geschäftsleitung fortzuführen, mit dem ersten Ziel, die anstehenden Probleme anzugehen und eine Parteispaltung zu verhindern. Es gilt das Vertrauen der arbeitenden Bevölkerung wieder zu gewinnen. Unsere Ziele müssen in der täglichen politischen Arbeit besser zum Ausdruck kommen. Wir müssen die allgemeine Resignation und Apathie bekämpfen. Dazu braucht es Lösungsvorschläge für das, was unsere Bevölkerung bedrängt, was ihr Sorgen macht. Es braucht Lösungen und nicht das Breitschlagen interner Streitigkeiten. Machen wir uns an die politische Arbeit.

Das neue SPS-Programm

Die Oktober- und Novembernummer der Roten Revue sind der Diskussion um das neue Parteiprogramm gewidmet. Beiträge von Sektionen oder einzelnen Mitgliedern müssen im Laufe des Septembers, spätestens aber bis 1. Oktober auf der Redaktion der Roten Revue, Postfach 3943, 4002 Basel, sein.